

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Fürst Hans-Adam II. am «Europagespräch»



Fürst Hans-Adam II. nimmt am Sonntag und Montag am «Europagespräch» in Alpbach teil.

Fürst Hans-Adam II. nimmt am Sonntag und Montag am «Europagespräch» im Rahmen des diesjährigen «Forum Alpbach» teil. Der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil hat die Staatsoberhäupter der Österreich umliegenden Staaten zu einem Treffen eingeladen, bei dem europäische Fragen diskutiert werden sollen. Wir haben uns mit Fürst Hans-Adam II. vor diesem Treffen der Staatsoberhäupter über seine Vorstellungen unterhalten. Das Interview können Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe lesen.

Für Ausweitung der staatlichen Drogenabgabe

Bern (AP) Der Druck auf die Ausweitung der Versuche mit Drogenabgabe in der Schweiz steigt. Eine Delegation des Städteverbands stellte sich am Freitag bei einem Treffen mit Bundesrätin Dreifuss hinter die Forderungen Zürichs. Bundesrat und Zürcher Behörden treffen sich bereits am nächsten Montag zu einer Aussprache. Das BAP prüfte unterdessen eine koordinierte Aktion gegen libanische Dealer.

Todesstrafe für Drogenhändler wird diskutiert

Egerkingen (AP) Das Präsidium der Freiheitspartei der Schweiz (FPS) hat im Zusammenhang mit den Problemen auf der Zürcher Drogenszene die Einführung der Todesstrafe für Drogenhändler zur Diskussion gestellt. In einer Mitteilung vom Freitag verweist die Partei auf das Beispiel von Malaysia und Singapur. An einer der nächsten Delegiertenversammlungen der Partei soll das Thema Todesstrafe für Drogenhändler traktiert werden. Nach Auskunft des Parteisekretariats ist jedoch nicht geplant, dass den Delegierten bereits ein konkreter Vorstoss zur Einführung der Todesstrafe unterbreitet wird.

Flughafen Tempelhof soll geschlossen werden

Berlin (AP) Die Betreibergesellschaft der Berliner Flughäfen plant die Schliessung der Anlage in Tempelhof. «Bis Ende des Jahres wird dem Aufsichtsrat ein entsprechender Vorschlag vorgelegt», sagte Manfred Hölzel, Geschäftsführer der Berlin-Brandenburger Flughafen-Holding (BBF), der Berliner «Tageszeitung» (Samstagsausgabe). Zur Begründung sagte Hölzel: «Das Wachstum ist nicht mehr so wie zuvor.» Die Flugbewegungen seien um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, und 20 Millionen Mark Verlust müssten ausgeglichen werden, hiess es in dem Zeitungsbericht.

Auch ein Kleinstaat kann einen Umweltschutzbeitrag leisten

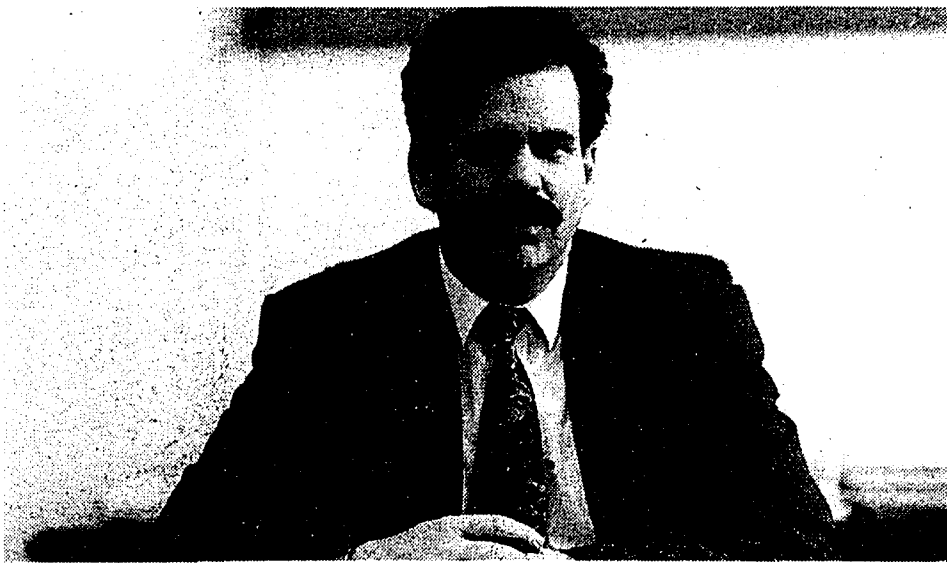
Am Sonntag findet in unserem Land das Treffen der deutschsprachigen Umweltminister statt – Liechtenstein zum zweiten Mal Tagungsort

(G.M.) – Die vier deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein pflegen im Bereich des Umweltschutzes eine intensive Zusammenarbeit. Jährlich treffen sich die Umweltminister dieser Staaten zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch, legen Rechenschaft ab über die in der Zwischenzeit gesetzten Massnahmen zum Schutz der Umwelt und setzen sich neue Ziele für die Erhaltung der Natur. Dieses Jahr ist Liechtenstein Tagungsort dieses Umweltministertreffens. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel gibt sich als Gastgeber optimistisch, dass auch dieses Zusammentreffen zu einer erfolgreichen Veranstaltung wird.

Die Entwicklung der nationalen Umweltpolitiken, die Klimakonvention und die Alpenkonvention sowie die 1995 stattfindende Umweltkonferenz in Sofia sind einige der Themenbereiche, die nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel an der Konferenz in Vaduz besprochen werden. Das Zusammentreffen der vier für Umweltfragen zuständigen Regierungsmitglieder soll neben der Erörterung fachlicher Fragen auch der Kontaktpflege dienen, die im Verlaufe des Jahres positive Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen haben wird. Das informelle Treffen bietet nach Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Büchel die Möglichkeit, eine Plattform zu schaffen, um speedativ im zwischenstaatlichen Bereich über Umweltfragen sprechen zu können.

Kontakte auf Beamtenebene

Umweltpolitik wird nicht nur auf Ministerienebene betrieben, sondern die Re-



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel ist Gastgeber für die Umweltminister der deutschsprachigen Länder, die sich am Sonntag in unserem Land zu ihrer Jahreskonferenz treffen werden.

gierungsmitglieder haben verschiedene Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich auf Beamtenebene mit Umweltfragen beschäftigen. Am Umweltsitzung am Sonntag nehmen deshalb auch verschiedene Beamte teil: Aus unserem Land der Leiter des Forstamtes, Dr. Felix Näscher, der Leiter des Amtes für Gewässerschutz, Theo Kindle, sowie der Sachbearbeiter für Umweltschutz beim Volkswirtschaftsamt, Günther Wanger. Die Beamten aus den vier Teilnehmerstaaten treffen sich bereits vor der Regierungsmitgliedern zu einer vorbereitenden Sitzung, nachdem sie während des Jahres in laufendem Kontakt miteinander stehen.

Natur und Landschaft

Zu den Standardthemen der Umwelt-

setzes verwiesen werden. Noch in Kraft ist das 1984 eingesetzte Programm «Gesunder Wald», wo insbesondere die ausgedehnten Dauerbeobachtungsflächen Auskunft über den Gesundheits- bzw. den Krankheitszustand der Wälder geben.

Umsetzung der Rio-Beschlüsse

Die Umweltminister werden sich am Sonntag in Vaduz auch über die Umsetzung der Beschlüsse der Umweltkonferenz von Rio unterhalten, wo noch ein gewisser Nachholbedarf festzustellen ist. In den einzelnen Staaten müsse noch vermehrt das Bewusstsein für die Umwelt und Entwicklung geschaffen werden, erklärte Dr. Felix Näscher, der Leiter des Forstamtes, der massgeblich an der Umweltministerkonferenz und deren Vorbereitung beteiligt ist. Die Überprüfung der Vereinbarungen des «Erdfipfels von Rio» bedeutet nach seinen Worten eine jahrelange Arbeit, da alle Massnahmen im Umweltbereich auf die Übereinstimmung mit den Rio-Beschlüssen überprüft werden müssen. Eine spezielle Kommission tagt jedes Jahr in New York zwei Wochen, um die Fortschritte der Rio-Konferenz zu überwachen. Die Alpenkonvention, die Liechtenstein ratifiziert hat, stellt nach seiner Überzeugung eines der besten Beispiele dar, wie die Rio-Prinzipien umgesetzt werden können. Diese Alpenkonvention kann nach seinen Worten auch als Beispiel für die Entwicklung in anderen Berggebieten herangezogen werden, da sie die Grundlage für eine langfristige Sicherung des Lebens- und Wirtschaftsraumes der Alpen bildet.

Ergänzung zum Liechtensteiner Treuhändergesetz

Stellungnahme der Regierung dem Landtag unterbreitet – Ergänzung der Übergangsbestimmung

(paf) – Bei der ersten Lesung des neuen Treuhändergesetzes im Landtag wurde bemängelt, dass es durch die Neuerungen verschiedenen Treuhändern nicht möglich wäre, den Treuhänderberuf nicht nur im persönlichen Namen, sondern auch als Geschäftsführer einer juristischen Person auszuüben. Die Regierung hat dazu Stellung bezogen und schlägt eine Ergänzung der Übergangsbestimmung vor.

Nach der Übergangsbestimmung im Gesetzesentwurf bleiben alle Treuhänderbewilligungen, die aufgrund der früheren Gesetze erteilt wurden, aufrecht. Mit der vorgeschlagenen Ergän-

zung der Übergangsbestimmung werden diejenigen Treuhänder, welche die Erfordernisse des Treuhändergesetzes vom 29. April 1987 erfüllt haben, befugt, den Treuhänderberuf persönlich auszuüben oder als verantwortliche Geschäftsführer tätig zu sein. In der bisher geltenden Fassung war bei strenger Auslegung dies nicht gewährleistet gewesen.

Das Treuhändergesetz vom 29. April 1987 wurde deshalb als Stichtag gewählt, weil mit dessen Inkrafttreten wichtige Gesetzesbestimmungen gültig wurden, mit denen die Zulassungsbedingungen zum Treuhänderberuf verschärft wurden. Bereits 1979 war die Treuhänderprüfung

als Voraussetzung für die Erteilung der Treuhänderbewilligung eingeführt worden. Vor 1979 war es relativ einfach gewesen, eine Treuhänderbewilligung zu erhalten, es genügte eine entsprechende Ausbildung und eine dreijährige berufliche praktische Betätigung auf diesem Gebiet.

Aus diesem Grund erachtet es die Regierung als gerechtfertigt, dass nur jene Treuhänder im persönlichen Namen und auch als Geschäftsführer einer juristischen Person tätig sein können, die den Erfordernissen des Treuhändergesetzes von 1987 entsprechen.

Bauern fordern GATT-Abfederung

Bern (AP) Die Schweizer Bauern sollen den Preis für die Ratifizierung des GATT-Abkommens nicht alleine bezahlen. SVP und Bauernverband fordern deshalb Ausgleichsleistungen. Die Kleinbauern wollen GATT-Kompensationen für ökologische und tierfreundliche Betriebe. Nachbesserungen an der GATT-Lex zugunsten der Konsumenten wünscht das Konsumentinnenforum.

Nachdem die Bauernsame vor Jahren noch radikale Ablehnung gegenüber dem neuen Welthandelsabkommen signalisiert hatte, geht es den Vertretern der Landwirtschaft heute bloss noch um die Konditionen.

Fussball-Meisterschaft: Die Punktejagd beginnt

Auftakt an diesem Wochenende zur regionalen Meisterschaft für unsere Fussball-Mannschaften

(ch) – Die Zeit der Vorbereitung und der Tests ist vorbei: An diesem Wochenende gilt es auch für Liechtensteins Fussball-Mannschaften mit dem Start zur Meisterschaft wieder ernst. Für längere Zeit wird nun das runde Leder wieder zum Streitobjekt der regionalen Fussballer. Die Zielsetzungen wurden vorgenommen; jetzt geht es darum, diese auch umzusetzen.

Zum Auftakt treten gleich drei unserer Spitzenteams zuhause an. Erstligist FC Vaduz bekommt es mit Nationalligab-Absteiger FC Sursee zu tun. Zweifelslos gleich ein echter Prüfstein. In der 2. Liga starten der FC Balzers (gegen Au) und der USV Eschen/Mauren (gegen Flums) mit Heimspielen. Europacup-Teilnehmer FC Schaan gastiert in Widnau. In der 3. Liga steht mit der Partie Triesen gegen Balzers II ein Derby auf dem Programm. Die weiteren Spiele: Grabs – Triesenberg und Ruggell – Rebstein. Eine ausführliche Vorschau finden Sie im Sportteil.



Das runde Leder als Streitobjekt: An diesem Wochenende beginnt die Fussball-Meisterschaft 1994/95. (Bild: Eddy Risch)

Bodenschutzprogramm in Vernehmlassung

(paf) – Die Regierung hat das von der Bodenschutzkommission ausgearbeitete Bodenschutzprogramm zur Kenntnis genommen und interessierten Kreisen zur Stellungnahme bis 1. Oktober unterbreitet. Weitere interessierte Kreise und Personen, die sich an der Vernehmlassung beteiligen wollen, können das Bodenschutzprogramm bei der Regierungskanzlei beziehen.

Die gesetzliche Grundlage für den Erhalt der natürlichen Bodenbeschaffenheit und der Fruchtbarkeit bildet das Bodenschutzgesetz vom Mai 1990. Das Bodenschutzprogramm stellt eine Handlungsrichtlinie für die Vollzugsorgane und ein Leitbild für die Bodenschutzkommission dar. Das Programm enthält eine Bestandesaufnahme über den qualitativen und quantitativen Bodenzustand in Liechtenstein und einen darauf basierenden umfangreichen Massnahmenkatalog, der die Bereiche Raumplanung, Landwirtschaft, Bauwesen, Schutz der organischen Böden, Schutz vor Schadstoffeinträgen und Bodenüberwachung umfasst.